



# Kölner Erklärung zur Pflegesituation



## **„Kölner Erklärung“ zur Pflegesituation**

Die Pflegesituation in Köln ist dramatisch. Aufgrund der bekannten demografischen Entwicklung ergibt sich bei steigender Zahl der Pflegebedürftigen auch ein steigender Bedarf an Versorgungsangeboten in der ambulanten wie stationären Pflege. Dabei sind alle stationären Einrichtungen ausgelastet, es gibt keine freien Plätze, zunehmend lange Wartelisten und das Abweisen von Klient\*innen sind an der Tagesordnung. Gleichzeitig sinkt die verfügbare Platzzahl in Köln aufgrund von gesetzlichen Veränderungen und den dadurch notwendig gewordenen Umbau von Einrichtungen stetig weiter, während die Zahl der zu versorgenden Menschen kontinuierlich steigt. Eine Folge davon ist es, dass eine quartiersbezogene Versorgung häufig nicht mehr stattfinden kann, sondern Menschen aus dem gewohnten (sozialen) Umfeld entwurzelt werden und oftmals das erste Mal in ihrem Leben einen Umzug an einen Ort weit weg vom eigentlichen Zuhause oder gar ins Kölner Umland in Kauf nehmen müssen. Eine Wahlfreiheit besteht de facto nicht mehr, weder mit Sicht auf eine stationäre Versorgung, noch in der Wahl eines ambulanten Pflegedienstes. Die Auswirkungen auf Familien, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen nicht versorgen können, sind sozial wie beruflich dramatisch und bergen großen sozialpolitischen und gesellschaftlichen Sprengstoff.

In der ambulanten Pflege stellt sich die Situation ähnlich dar: Stark steigende Nachfrage kann nicht mehr bedient werden, Klient\*innen müssen durch die Pflegedienste abgewiesen werden. Zudem führt diese dramatische Unterversorgung dazu, dass eine Pflegeversorgung vor 11 Uhr am Morgen nahezu nicht mehr möglich ist. Konsequenz ist, neben den bereits oben genannten sozialen, beruflichen und gesundheitlichen Folgen für die Klient\*innen und ihre Angehörigen, dass der politisch gewollte Grundsatz „ambulant vor stationär“ nicht mehr gewährleistet, ja sogar umgekehrt wird: Menschen, die noch gut ambulant betreut zu Hause leben könnten, müssen sich um einen Platz in einer Pflegeeinrichtung bemühen, bei genanntem Versorgungsnotstand. Der bekannte und derzeit dramatische Fachkräftemangel in der Pflege führt zudem zu einer Zuspitzung der Situation sowie der Arbeitsbedingungen im ambulanten wie stationären Bereich.

Zwar haben sich mit den gesetzlichen Veränderungen grundsätzlich die Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Dienstleistungen, die von der Pflegeversicherung übernommen werden können, deutlich und spürbar erhöht. Auch die Gleichstellung von an Demenz erkrankten Menschen im Zuge dieser Anpassungen hat zu einer deutlichen Verbesserung geführt, die wir ausdrücklich begrüßen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Veränderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes nach wie vor nicht auf die entsprechenden Rahmenbedingungen im Pflegebereich trifft. Gleichzeitig ist die Dramatik im Pflegebereich so groß, dass die Zeit der inhaltsleeren Sätze und der Lippenbekenntnisse von Beteiligten sowie das Hin- und Herschieben von Zuständigkeiten vorbei sein muss: Die Lösung der Pflegesituation ist eine gesamtstaatliche Aufgabe unter Verantwortung aller (politischen) Ebenen und muss daher endlich gemeinsam gelöst werden.

Zur Aufrechterhaltung einer menschenwürdigen Pflege fordern wir daher:

**1. Ausbau der Schulen für Pflege, auskömmliche Finanzierung der Ausbildung und angemessene Ausbildungsvergütung**

Die zukünftige neue Pflegeausbildung ist eine Chance für das Berufsbild Pflege. Der Ausbildungsstandort Köln ist für junge Menschen zwar attraktiv, aber auch teuer. Dazu stehen vorhandene Pflegeschulen vor deutlichen Anpassungsherausforderungen wie steigenden Investitionskosten und einer erhöhten Notwendigkeit von kostengünstigen Unterkünften für Pflegeschüler\*innen.

Die Träger der Altenpflege benötigen zudem zur Ausbildung auch die entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen. Ausbildung muss vollständig refinanziert werden. Dazu gehört auch die notwendige Finanzierung der Investitionskosten, gerade auch in Metropol-Regionen. Gleichzeitig braucht es für den Bereich der Quereinsteiger in die Pflege, also jene Personen, die erst später in der beruflichen Biografie eine Pflegeausbildung anstreben, angepasste Modelle, die sich nicht an denen von Berufseinsteigern orientieren dürfen. Das gilt auch für die Höhe der Vergütung. *(Adressat: Land NRW und Stadt Köln)*

**2. Verstärkung von Beschäftigungsmaßnahmen und (berufsbegleitender) Qualifizierung**

Durch die neu geschaffenen kommunalen wie bundespolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich Ansatzpunkte zur Verbesserung von Beschäftigungsmaßnahmen und Qualifizierung in der Pflege. Im Bereich des Kommunalen Beschäftigungsprogrammes (KomProArbeit) sowie des neu geschaffenen §16i im SGB II („Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“) muss die Pflege konsequent mitgedacht und ausgelotet werden, wie der Pflegesektor in den genannten Bereichen nachhaltig und wirksam Eingang finden kann. Gleichzeitig sollte die berufsbegleitende Qualifizierung im Pflegebereich ohne Einkommenseinbußen ermöglicht und gestärkt werden, um diesen Bereich attraktiv zu halten. *(Adressat: Stadt Köln und Jobcenter Köln)*

**3. Schaffung von Anwerbeprogrammen für Fachkräfte insbesondere aus Osteuropa und Asien**

Der steigende Bedarf an Pflegefachkräften ist derzeit im Hinblick auf die angespannte Situation am Kölner Arbeitsmarkt nicht zu decken. Daher bedarf es einer vermehrten Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland, verbunden mit einer Regelung zur Frage der Anerkennung/Anpassung von Ausbildungsanforderungen. Dabei ist auch der zusätzliche Aufwand z.B. im Bereich der Sprachförderung zu unterstützen. *(Adressat: Land NRW und Bundesregierung)*

**4. Mehr Hände in der Pflege - qualifizierte und differenzierte Fachkraftquote**

Die Qualität der Pflege in Deutschland ist hoch. Gleichzeitig führt die undifferenzierte Fachkraftquote dazu, dass unabhängig von der anfallenden Tätigkeit Pflegefachkräfte eingesetzt werden müssen. Es braucht allerdings insgesamt mehr Hände in der Pflege, daher muss die Fachkraftquote qualifiziert und differenziert anhand der anfallenden Tätigkeiten betrachtet werden: Spezifische Aufgaben qualifizierter Fachkräfte wie die Behandlungspflege oder spezielle bzw. problematische

Pflegesituationen dürfen ausschließlich von Pflegefachkräften wahrgenommen werden. Allgemeine und einfache Pflegeaufgaben können aber auch sehr gut von angeleiteten Assistenzkräften erfüllt werden. Eine Fachkraftquote, die sich an den zu erbringenden Leistungen orientiert, sichert Qualität in der Pflege, schafft aber auch Raum für mehr Personal. *(Adressat: Land NRW und Bundesregierung)*

#### **5. Pflegebedarfsplanung und Stärkung kommunaler Gremien**

Aus den in der Einleitung beschriebenen Gründen greift das Konzept „ambulant vor stationär“ nicht mehr in ausreichender Form. Die Verstärkung der angespannten Platzsituation in Köln durch die dramatischen Engpässe in der ambulanten Pflege führen dazu, dass die Zahl der Heimanfragen nicht mehr befriedigt werden kann und es eine zunehmende Zahl von Umzügen in das Kölner Umland gibt. Gleichzeitig ist die Datenlage in Köln nicht aussagekräftig, was dazu führt, dass gezielte Angebots-ergänzungen im Sinne der Betroffenen schwer planbar sind: Wir fordern daher den Einstieg in eine kommunale Pflegebedarfsplanung. Das erfordert auch eine entsprechende personelle Ausstattung der Sozialverwaltung, ggf. Organisationsstrukturveränderungen und die Stärkung der (gesetzlich vorgeschriebenen) Pflegekonferenz hin zu einem echten kommunalen Steuerungs- und Moderationsgremium.

*(Adressat: Stadt Köln)*

#### **6. Förderung von Angeboten in der Kurzzeitpflege**

Aktuell gibt es in Köln lediglich 76 klassische Kurzzeit-Pflegeplätze in sechs Einrichtungen. Das liegt in der mangelhaften Finanzierung dieser Plätze begründet, die sich aus der Gleichstellung mit der vollstationären Pflege ergibt. Vor dem Hintergrund der insgesamt fehlenden vollstationären Plätze wird hier die Dramatik der Situation besonders deutlich, wenn es zudem Betroffenen nicht gelingt, wenigstens eine Kurzzeitpflege in Anspruch zu nehmen. Hier muss die Finanzierung der Investitionskosten in Bezug auf eine 60prozentige Auslastung deutlich verbessert werden und das Segment z.B. durch die Umsetzung von Modellprojekten (Flix-Flex-Kurzzeit-Pflege) gestärkt werden. *(Adressat: Stadt Köln)*

#### **7. Optimierung der Versorgungsstrukturen in der ambulanten Pflege**

Die Problematik des angespannten Arbeitsmarktes trifft ambulante Dienste noch stärker als den stationären Bereich. Die stark erhöhte Nachfrage kann durch die angespannte Personallage nicht mehr bedient werden, Klient\*innen werden abgewiesen oder müssen mit z.T. massiven Wartezeiten rechnen. Hier muss die Kommune in der Etablierung neuer und innovativer Modelle unterstützen, die z.B. zur Verringerung der Wegezeiten beitragen. *(Adressat: Land NRW und Stadt Köln)*

#### **8. Konsequenter Ausbau kommunaler präventiver ambulanter Angebote**

Im Rahmen des fortschreitenden demografischen Wandels wird die Zahl alter und hochaltriger Menschen in Köln weiter steigen. Die kommunalen Programme und Initiativen (Beratung, präventive Hausbesuche, Entlastungsdienste, etc.) für diese höchst homogene Gruppe zeigen in der Vergangenheit nachhaltig und präventiv Wirkung

und können auch zur Entlastung der Pflegesituation beitragen. Sie müssen daher eine Ausweitung in den Stadtbezirken erfahren und auf die übertragen werden, in denen es noch keine oder nicht ausreichende solcher Angebote gibt.

*(Adressat: Stadt Köln)*

#### **9. Schaffung neuer Rahmenbedingungen für Investitionen in Nordrhein-Westfalen und Entbürokratisierung der Pflege**

Die derzeitigen Rahmenbedingungen für Investitionen im Sinne der APG DVO NRW machen es für Träger nahezu unmöglich, in stationäre Pflegeeinrichtungen zu investieren oder gar neue Einrichtungen zu bauen. Größter Handlungsbedarf besteht in einer Absenkung der Abschreibungsdauer von 50 auf 25 Jahre. Gleichzeitig braucht es eine Entbürokratisierung der Gesetzeslage im Bereich der Investitionen, der Verwaltung und der Pflege(-dokumentation) an sich, um weitere Kapazitäten für den eigentlichen Dienst am Menschen zu heben. Das gilt auch in Bezug auf die überbordende Anzahl an Aufsichtsinstanzen, die es zu verringern gilt. *(Adressat: Land NRW)*

#### **10. Ausweisung von Bauland/Grundstücken, Baureifmachung und Genehmigungsverfahren**

Zur Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten in der stationären Altenpflege durch den Neubau von Einrichtungen sowie der Schaffung von betreutem Wohnen ist neben den genannten Punkten im Bereich der Rahmenbedingungen für Investitionen (vgl. Punkt 9) zudem kommunales Handeln erforderlich: So müssen in den Bezirken für eine quartiersbezogene Versorgung entsprechende Flächen ausgewiesen und baureif gemacht werden, um den Neubau von Einrichtungen zu ermöglichen. Zugleich müssen die Bauantrags- und –genehmigungsverfahren seitens der Stadtverwaltung so optimiert werden, dass eine Baugenehmigung innerhalb von sechs Monaten vorliegt, wie es in anderen Metropolen möglich ist. Diese Anforderungen sind ebenso übertragbar auf andere Bereiche der Stadtgesellschaft über die Pflege hinaus und wichtiger Standortfaktor im Rahmen der Wirtschaftsförderungspolitik einer Stadt.

*(Adressat: Stadt Köln)*

#### **11. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für mittlere Einkommensschichten und konsequente Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen**

Köln ist eine attraktive Wohnstadt. Dennoch ist es vor allem Menschen mit mittlerem Einkommen aufgrund des Wohnungsmarktes in Köln nicht möglich, ihren Wohnsitz hierher zu verlegen. Überspitzt formuliert: Für die Sozialwohnung zu reich, für den Wohnungsmarkt zu arm – so geht es Pflegekräften in Köln. Darüber hinaus ist es sinnvoll, im Rahmen der konsequenten Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen aus dem Jahr 2014 den Bereich „Wohnen im Alter“ zu beleuchten und dafür Sorge zu tragen, nicht nur hochpreisige Angebote zu schaffen, sondern insbesondere das Vermarkten städtischer Flächen in diesem Segment an eine Vorgabe zur preislichen Durchmischung zu knüpfen.

*(Adressat: Land NRW und Stadt Köln)*

*Uwe Ufer und Birgit Heide*  
Diakonie Michaelshoven

*Peter Krücker*  
Caritasverband Köln